

Es gilt das gesprochene Wort.

Katharina Schunck, Jugendring Düsseldorf
für den Düsseldorfer Appell zum Antikriegstag am 1. September 2021

Liebe Bündnispartner*innen des Düsseldorfer Appells, liebe Anwesende,

Jugendliche organisieren Demonstrationen für mehr Klimaschutz und gehen gegen Rassismus auf die Straße. Junge Menschen engagieren sich auf vielfältige Weise für die Zivilgesellschaft: Sie packen in Jugendverbänden mit an. Sie übernehmen Verantwortung für Pfadfindergruppen oder Sportmannschaften. Als Bildungsreferentin begegne mir in unterschiedlichen Kontexten Jugendliche, die eine politische Meinung haben und bereit sind, für wichtige Themen einzustehen.

Aber Wählen? Das dürfen Jüngere in NRW inzwischen zwar bei Kommunalwahlen. Von Landtags- und Europawahlen sowie von der anstehenden Bundestagswahl sind die unter-18-jährigen jedoch ausgeschlossen. Das aktive Wahlrecht – das höchste Recht in einer Demokratie – wird Jugendlichen damit weiterhin verwehrt. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft entsteht so ein sich verschärfendes Ungleichgewicht.

Doch Jugendliche möchten sich beteiligen, sie möchten über ihre Zukunft mitentscheiden und ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen. Als Interessensvertretung der Düsseldorfer Jugendverbände ist es dem Jugendring Düsseldorf wichtig, den jungen Menschen Gehör zu verschaffen. Zur Bundestagswahl haben der Jugendring und seine Mitgliedsverbände daher gemeinsame Forderungen erarbeitet. Die Forderungen sind das Ergebnis mehrerer Beteiligungsaktionen, bei denen sich Jugendliche aus der Jugendverbandsarbeit eingebracht haben.

An oberster Stelle der Forderungen steht: Mehr Klimaschutz! Gerade für die jüngeren Generationen sowie für alle nachfolgenden, ist es essenziell den Klimawandel aufzuhalten. Ziel muss sein, ein gutes Leben für alle auch in der Zukunft zu gewährleisten. Daher fordern wir die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und das Erreichen des 1,5°C-Ziels.

Wir fordern außerdem: Soziale Gerechtigkeit! Chancen und Zugänge zu Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt oder Wohnraum müssen für alle gleichermaßen verfügbar sein. Gerade einkommensschwache Personen und Haushalte müssen deutlich stärker unterstützt werden.

Daran schließt sich die dritte Forderung an: Viele Personen und Gruppen werden in Deutschland strukturell diskriminiert. Um Chancen und Zugänge zu allen gesellschaftlichen Bereichen sicherzustellen, braucht es eine starke Antidiskriminierungsarbeit. Diese muss an unterschiedlichsten Stellen ansetzen, langfristig verankert werden und über reine Lippenbekenntnisse hinausgehen.

Die vierte Forderung nimmt die Bildungspolitik in den Blick. Wenngleich diese Sache der Länder ist, sollte der Bund durch das Auflegen von bundesweiten Programmen unterstützen. Ein solches Programm könnte beispielsweise dazu beitragen, Schüler*innen auf ihre finanzielle Selbstständigkeit vorzubereiten.

Abschließend ist uns die Jugendpolitik ein zentrales Anliegen. Der Jugendring Düsseldorf sowie seine Mitgliedsverbände fordern daher eine deutlich stärkere Beteiligung von jungen Menschen in der Politik sowie eine stärkere Berücksichtigung ihrer Belange in politischen Maßnahmen. Ein wichtiges Signal dafür wäre die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. In der kommenden Legislaturperiode wird sich der Bundestag erneut mit dieser Frage auseinandersetzen müssen.

Für die anstehende Bundestagswahl wurde die Chance verpasst, noch mehr jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, aktiv mitzuentcheiden. Umso mehr sind alle, die das Wahlrecht bereits besitzen, dazu aufgerufen, bei ihrer Wahlentscheidung, die Interessen der Jugend mitzudenken.

Die Entscheidungen von heute haben Auswirkungen auf Generationen, die nach uns kommen. Eine Politik, die dies nicht berücksichtigt, verfehlt ihren Auftrag. Darum appelliere ich an Sie: Kommen Sie mit jungen Menschen ins Gespräch, fragen sie ihre Kinder, Enkelkinder oder Jugendliche im Bekanntenkreis, was sie sich politisch wünschen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Und seien Sie an der Wahlurne Verbündete der Jugend!